

# Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung: Georg Buchardt.

No. 17.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 M. 25 S. Einmonatlich 1 M. 60 S. n. einmonatlich 75 S.

51. Jahrgang.  
Sonntag, den 21. Januar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen. Preis für die Spalte 13 S. Außerhalb des Landgerichtsbezirks 15 S.

1899.

## Bekanntmachung.

Der Geburtstag Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II. soll

Freitag, den 27. Januar dieses Jahres

in hiesiger Stadt in der Weise gefeiert werden, daß früh von 6-7 Uhr mit allen Glöden geläutet, früh von 7 bis gegen 8 Uhr Musik auf dem Obermarkte Platzmarkt durch das Stadtmusikcorps stattfindet und von Nachmittags 2 Uhr ab ein Festmahl im Saale des Kaufhauses abgehalten wird.

In den hiesigen Schulen wird der Tag durch Abhaltung öffentlicher Feste gefeiert werden.

Alle diejenigen Herren der Stadt Freiberg und Umgegend, die sich am Festmahle, zu dem, wie seither, besondere Einladungen nicht ergehen, zu betheiligen gedenken, werden hierdurch gebeten, ihre Theilnahme bei der Stadthauptkassa (Rathhaus, Zimmer Nr. VIII) oder bei Herrn Rathsfeldwirth Martin baldthunlichst und spätestens am 26. dieses Monats anmelden zu wollen. Der Preis des trockenen Gebeds beträgt wie seither 8 Mark.

Die öffentlichen Gebäude werden an genannten Tage den üblichen Schmutz erhalten, und richten wir an die hiesige Bürger- und Einwohnerschaft die Bitte, auch die Privatgebäude mit Schlamm und Schmutz versehen und an der Feier des Tages sich allseitig betheiligen zu wollen.

Freiberg, am 19. Januar 1899.

Der Stadtrath.  
Dr. Schroeder. Rgl.

Im Handelsregister für die Stadt Freiberg sind heute auf Folium 657 die Firma

Fahrrad- und Nähmaschinenhandlung Reinhard Dietrich in Freiberg

und als ihr Inhaber Herr Richard Reinhard Dietrich, Fahrradhändler daselbst,

eingetragen worden.

Freiberg, am 13. Januar 1899.

Königliches Amtsgericht.  
Bretschneider. Gentsch.

Reg. V 16/99.

\*) In Nr. 13 war irrthümlich Heinrich anstatt Reinhard gedruckt worden.

## Auktion.

Mittwoch, den 25. Januar cr., Nachmittags von 2 Uhr an sollen im städtischen

Auktionslokal, am Dom No. 1,

a. an Pfandgegenständen: 1 Schreibsekretär, 2 Schreibpulte, 2 Kleidersekretäre, 1 Wäscheschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Gtagere, 4 Sophas, 2 Sessel, 1 großer Spiegel, 1 Waarenschrank, 1 Nähmaschine und 1 goldner Ring,

b. eine Partie Nachlasssachen, unter Anderem: verschiedene Möbel und Kleidungsstücke gegen Baarzahlung öffentlich versteigert werden. Ein specielles Verzeichniß hängt in der Rathhausflur aus.  
Freiberg, am 20. Januar 1899.

Der Rathsvollzieher.  
Kroye.

## Auktion.

Donnerstag, den 26. Januar 1899, Vormittag 1/10 Uhr kommen in Weigmannsdorf folgende Gegenstände, als: 280 Btr. Kartoffeln, 1 Partie ungedroschener Hafer, Roggen und Gerste, 1 größere Partie Bundstroh, 1 Haufen ungeringerter Roggen, 1 Pferd, 1 Kuh, 1 Kalbe, 2 fetter Schweine, 1 Hahn und 11 Hühner, 1 Erbsenmähmaschine, 1 Partie Holz, 1 Hobel- und 1 Schnitzbank, 2 Wagen mit Ernteleitern, 2 Schlitten, 1 Mungmaschine, 2 Betten, 1 Bettstelle, sämtliches Wirtschaftsinventar und verschiedenes Andere mehr gegen Baarzahlung zur Versteigerung.

Versammlungsort: Krumbiegel's Gasthof.

Brand, am 18. Januar 1899.

Silbermann, Gerichtsvollzieher.

## Zwangsvorsteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen Laura Auguste Schmann geb. Felsig eingetragene mit einer eingebauten und im Betriebe befindlichen Schmiede versehene Grundstück, Fol. 48 des Grundbuchs für Oberhasselbach, bestehend aus den Parzellen Nr. 169a und 275f des dortigen Flurbuchs, 1 ha 70/7 a groß, belastet mit 95,72 Steuereinheiten, geschätzt auf 9860 M., soll zwangsweise an Ort und Stelle im Glaser'schen Gasthofe in Haselbach versteigert werden.

Der 20. Februar 1899, Vormittags 11 Uhr,

ist als Anmeldetermin,

der 9. März 1899, Mittags 12 Uhr,

als Versteigerungstermin,

und

der 20. März 1899, Vormittags 11 Uhr,

als Termin zu Verhängung des Vertheilungsplans

anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen sowie Kostenforderungen spätestens im Anmeldetermin anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermin in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Zum Bieten wird nur zugelassen, wer seine Bereitwilligkeit zur Zahlung oder Sicherstellung den bestehenden Bestimmungen gemäß nachweist.

Lenefeld, am 17. Januar 1899.

Königliches Amtsgericht.

Handtke.

Opt.

## Staatsberatung im Reichstag.

nh. Berlin, den 19. Januar 1899.

Das Gehalt des Grafen Posadowsky, des Staatssekretärs des Innern, ist diejenige Position des Reichshaushaltsetats, bei der die soziale Gesetzgebung und die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen im weitesten Sinne des langen und breiten erörtert wird. Namentlich ist es natürlich die sozialdemokratische Partei, die mit der Ausführung der zu Recht bestehenden Gesetzgebung Kritik übt. Für das große Publikum ist diese Materie, wenn sie zu sehr in ihren Einzelheiten behandelt wird, allerdings recht wenig unterhaltend, und so ist es kein Wunder, daß die Tribünen sich bei den endlosen Reden bald mehr und mehr leeren. Aber auch der Durchschnitts-Abgeordnete verlangt von Zeit zu Zeit etwas Pfeffer und Salz, wenn er es über sich gewinnen soll, all die Stunden hindurch auf seinem Platze auszuhalten und den Redungen der schönen, kühlen Räume der „Fraktion Schulze“ zu widerstehen. Wird die Sache gar zu öde, d. h. sprechen die sozialdemokratischen Redner gar zu sachlich, so leeren sich die Bänke allmählich, und nur ein kleiner Kreis der Allerersten bleibt neben den natürlich voll besetzten Bänken der äußersten Linken, die aus Körpergeist und Klugheit ausfällt, als spärliches Auditorium zurück. Graf Posadowsky aber blickt mit dem Ausdruck gelinden Entsetzens zum Himmel empor und scheint nur den einen Gedanken zu haben, wann sich denn endlich der Platzregen der auf ihn niederfallenden Beschwerden und Wünsche erschöpfen werde.

So ungefähr ist die Situation stets bei diesem Staatspunkt und so war sie auch heute. In welchem Grade die Sozialdemokraten die Diskussion hierbei beherrschten, geht schon rein äußerlich durch die Thatsache hervor, daß bis jetzt neben drei Sozialdemokraten nur zwei bürgerliche Vertreter gesprochen haben. Und von diesen gilt noch dazu der eine, Generaldirektor Köfide, auch als „halber Sozialdemokrat“. So blieb als Wortführer der eigentlich bürgerlichen Anschauung nur Kommerzienrath Möller (nl.) übrig, dessen Ausführungen von den übrigen Reden geradezu erdrückt wurden. „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitte!“ Herr Möller gab sich gegenüber den anderen, die an allen Ecken und Enden ändern und bessern wollten, in der That als rechtes Weltkind. Er fand die Dinge, so wie sie liegen, wenn auch nicht für ideal, so doch für im Allgemeinen zweckentsprechend und unabänderlich. Der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern sei schließlich eine Machtfrage, die, so unangenehm das auch empfunden werden möge, durch den Krieg ausgetragen werden müsse. Gegen den Terrorismus der Arbeiter gegen die Arbeitswilligen müsse dabei natürlich streng eingeschritten werden. Die soziale Fürsorge sei in keinem anderen Lande so weit vorgeschritten wie bei uns, und ein überreifes Tempo müsse hierin auf das Entschiedenste vermieden werden; denn was man in dieser Beziehung einmal gegeben habe, lasse sich niemals wieder zurücknehmen.

Würde der Großindustrielle und Millionär Möller auf der einen Seite von den Sozialdemokraten bedrängt, so auf der anderen von dem Großindustriellen und Millionär Köfide. Köfide ist in der Politik ein Eingänger, er gehört keiner Partei

an und nennt sich wildliberal. In den meisten Fragen stimmt er wohl mit den Nationalliberalen oder höchstens mit der freisinnigen Vereinigung; handelt es sich aber um die Gegenwartsforderungen der Arbeiter, so ist er radikal als der radikalste Fortschrittsmann und Demokrat.

Nachdem vorgestern Mollenbuhr damit begonnen hatte, die Beschwerden und Wünsche der Sozialdemokraten in Bezug auf die soziale Gesetzgebung vorzubringen, setzten Wurm und Agster, der eine recht gute Jungferrede hielt, heute diese Thätigkeit fort. Sehr unterhaltend war sie, wie schon angeeutet, nicht. Es ist ja allerdings ein ungeheures Gebiet, das da zu behandeln ist, so ungeheuer, daß eine Theilung der Arbeit unumgänglich notwendig erscheint. Wurm beschäftigte sich in zweijähriger Rede vorwiegend mit dem Arbeiterschutz und der Gewerbeaufsicht, Agster dagegen mit der Arbeiterversicherung. Die zahllosen Einzelheiten, die sie vorbrachten, auch nur ungefähr anzudeuten, ist ganz unmöglich; bemerkt sei nur das später auch von Graf Posadowsky aufgegriffene Wurm'sche Wort, daß das Reichsamt des Innern bei der Zusammenstellung des Reichsberichts der Gewerbeaufsichtsbeamten als Fleckenreinigungsanstalt gewirkt zu haben scheine. Dadurch wurde doch wenigstens eine humoristische Nuance in das graue Einerlei gebracht.

Graf Posadowsky bestritt in recht wirkungsvoller Rede, daß die soziale Fürsorge des Staates erlahmt sei. Die Regierung müsse nur mit äußerster Vorsicht vorgehen, um Schädigungen anderer Bevölkerungskreise möglichst zu vermeiden. Sie sei sich ihrer gewaltigen Verantwortung bewußt und werde sich nicht zu Unbesonnenheiten treiben lassen durch einen nervösen Dilettantismus unverantwortlicher Stubengelehrter. Die Rechte sollte dieier kräftigen Abfertigung seitens des Ministers lebhaften, langanhaltenden Beifall, im Uebrigen schwieg sie heute wie das Centrum. Die Debatte ist aber noch nicht beendet, und Graf Posadowsky muß morgen um sein Gehalt weiter kämpfen, daß ihm die schließliche Bewilligung doch sicher ist, wird ihn dabei beruhigen.

Im Einzelnen wird berichtet:

Abg. Köfide-Deffau führt aus, der Herr Staatssekretär des Innern habe gesagt, daß von einem Stillstand der sozialen Gesetzgebung nicht die Rede sein könne, und habe sich dabei auf die Ehrenrede berufen. Diese spreche allerdings von einer Novelle zu den Versicherungsgeetzen und von einer solchen zur Gewerbeordnung; aber diese Geetze seien noch nicht zur Vorlage gebracht worden. Sie seien noch beim Bundesrathe, trotzdem der Reichstag seit Jahren Verbesserungen im Versicherungsweijen fordert. Eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz hätte längst angenommen sein können, wenn der Herr Staatssekretär nicht unnötig Rücksichten auf die Berufsvereine genommen hätte. Das Koalitionsverbot werde von den Landesgesetzgebungen noch immer aufrecht erhalten, den Berufsvereinen werden noch immer Schwierigkeiten gemacht. Noch bedenklicher als die negative Thätigkeit des Bundesrathes ist die Ankündigung eines Geetzes in der Thronrede, das den Arbeitern direkt feindlich ist, indem es sich gegen den angeblichen Terrorismus bei Streiks richtet. Zugugeben sei, daß Terrorismus vorkommt, daß man über das

Ziel hinauschießt, aber ohne gewissen moralischen Zwang geht es nicht ab und Terrorismus kommt auch bei Maßregeln der Arbeitgeber vor. Im Uebrigen giebt es jetzt bereits genügende gesetzliche Handhaben, um Ausschreitungen zu bestrafen. Seit 1890 besserten sich die Verhältnisse bedeutend. Die Arbeiter finden sich viel besser in die gesetzlichen Schranken. Redner bittet den Staatssekretär des Innern, dem Kaiser Bericht über die Verhandlungen der Arbeitgeberverbände in Leipzig zu überreichen. Es sei Pflicht der Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland auf sozialem Gebiet hinter dem Auslande nicht zurückbleibe.

Abg. Wurm (Soz.) spricht vom Terrorismus der Arbeitgeber gegen die Arbeiter. Seine Partei stehe den Bestrebungen, den Arbeitsschweis unparteiisch zu gestalten, sympathisch gegenüber. Von der Gründung von Arbeiterausschüssen sei nicht mehr die Rede. Dieselben seien in der Anlage verpfuscht gewesen. Die Arbeiterorganisationen waren das Mittel zur Kultur und nicht, wie der Staatssekretär v. Posadowsky meint, ein Mittel, der Industrie zu schaden. Ueber diese Organisationen sprachen sich die bayerischen Beamten günstig aus. Redner beklagt alsdann die noch immer erfolgenden Einschränkungen der Sonntagsruhe. Lächerlich sei die geringe Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber der Arbeit, welche sie zu erledigen haben. Die preussischen Beamten haben noch die Kesseltrevisionen auszuführen. Nur 30 Prozent der gewerblichen Anlagen werden revidirt. Auch die Gerichte zeigen wenig Achtung vor dem Institut der Aufsichtsbeamten. Die Richter haben bedauert, den Herrn Unternehmer auf Anzeige des Beamten bestrafen zu müssen. Lächerlich seien die geringen Geldstrafen der Unternehmer; sie ließen die Arbeiter nicht an die Unparteilichkeit der Gerichte glauben. Für den Arbeiterschutz werde viel zu wenig gethan.

Abg. Möller steht in der Frage der Berufsvereine auf einem anderen Standpunkte als Köfide. Gegen den Terrorismus der Ausständigen müsse entschieden eingeschritten werden. Bezüglich der Arbeiterversicherung sei Deutschland allen anderen Ländern weit voraus. Von einem Stillstande der Sozialpolitik könne keine Rede sein. Die Berichte der Gewerbeinspektoren seien keineswegs einseitig. Es sei sehr gut, daß in Preußen die Kesseltrevision mit der Gewerbeinspektion verbunden sei; die jüngeren Herren kämen dadurch in den praktischen Betrieb hinein und könnten Erfahrungen sammeln. In der Großindustrie seien die Fabrikeinrichtungen im Ganzen tadellos. Für die weiblichen Aufsichtsbeamten könne sich Redner nicht begeistern. Die tägliche Arbeitszeit sei im Durchschnitt zurückgegangen, die Löhne seien gestiegen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky weist den Vorwurf einer völligen Stockung in der sozialen Gesetzgebung als unbegründet zurück. Ein Bundesstaat könne nicht so schnell Geetze produziren, wie ein einzelner Staat. Gehen wir langsam aber besonnen vor. Belasten wir das Volk mit unreifen Geetzen, so trägt die Reichsregierung die folgenreichere Verantwortung. Wir müssen Rücksicht darauf nehmen, daß wir die Industrie in dem Konkurrenzkampfe mit dem Auslande nicht schädigen. Ein Verordnungsentwurf liegt im Bundesrathe vor; aber überlegen wir alle sorgfältig, damit wir keinen Schaden anrichten. In den Ber